

AfD

BERLIN.

STARK.

MACHEN.

**Das 100-Tage-Sofortprogramm
der AfD Berlin**

**mit KRISTIN
BRINKER**



Landesverband
Berlin

AfD

**BERLIN. STARK.
MACHEN.**

**Das 100-Tage-
Sofortprogramm
der AfD Berlin**

**mit KRISTIN
BRINKER**



Landesverband
Berlin

Berlin braucht keine weiteren Ankündigungen und Zukunftsversprechen. Unsere Stadt braucht eine Regierung, die ihre Zuständigkeiten kennt, die richtigen Prioritäten setzt und handelt.

Dieses 100-Tage-Sofortprogramm zeigt, was wir unmittelbar nach der Regierungsübernahme beschließen, einleiten oder umsetzen werden. Was in Berliner Verantwortung liegt, wird nicht länger vertagt.

Nicht jedes über Jahre entstandene Problem lässt sich in 100 Tagen lösen. Aber die richtigen Entscheidungen können getroffen, Behörden neu ausgerichtet, Vorschriften geändert und Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

Unser Ziel ist ein Berlin, das seine Bürger schützt, Leistung ermöglicht, Familien stärkt und im Alltag wieder funktioniert.

1. Islamistische Gefährder konsequent kontrollieren

Bekannte islamistische Gefährder dürfen nicht zwischen Behörden, Justiz und Bewährung aus dem Blick geraten. Wir schaffen innerhalb der ersten 100 Tage eine verbindliche Informations- und Verantwortungsstruktur für terroristische Hochrisikofälle. Sicherheitsrelevante Erkenntnisse müssen rechtzeitig weitergegeben, Haftentlassungen den Sicherheitsbehörden unverzüglich mitgeteilt werden.

Zugleich legen wir einen Gesetzentwurf zur Erweiterung des richterlich kontrollierten Unterbindungsgewahrsams vor. Bestehende Instrumente wie elektronische Aufenthaltsüberwachung sowie Aufenthalts- und Kontaktbeschränkungen werden bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen konsequent genutzt.

2. Landeseigene Wohnungen fair vergeben

Wer Berlin seit Jahren am Laufen hält, muss eine faire Chance haben, hier zu wohnen. Wir ändern die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsunternehmen und bereiten ein transparentes Punktesystem für Neu- und Wiedervermietungen vor.

Berliner Wohn- und Berufsjahre, Schlüssel- und Mangelberufe sowie soziale Kriterien werden berücksichtigt; Härtefallregelungen bleiben erhalten. Innerhalb von drei Monaten legen wir das ausgearbeitete Punktesystem vor.

3. Mehr Polizeipräsenz, wo die Bürger sie brauchen

Kriminalitätsbelastete Orte dürfen nicht sich selbst überlassen bleiben. Wir setzen in den ersten 100 Tagen ein verbindliches Präsenz- und Kontrollkonzept um: Mobile Polizeiwachen, Fußstreifen und verstärkte Kontrollen kommen gezielt dort zum Einsatz, wo Gewalt, Drogenhandel und wiederholte Übergriffe den öffentlichen Raum prägen.

Zugleich legen wir einen Gesetzentwurf vor, der die Befugnisse erweitert und eine vollständige Videoüberwachung klar definierter Brennpunktbereiche ermöglicht.

4. Baustellenchaos beenden, Verkehr koordinieren und Verkehrssicherheit erhöhen

Unkoordinierte Baustellen und fehlende Information lähmen Berlin. Wir richten in der Verkehrsverwaltung eine Stabsstelle „Baustellenkoordination“ ein, die Maßnahmen von Land, Bezirken sowie Versorgungs- und Verkehrsbetrieben bündelt und Bürger und Betriebe frühzeitig informiert.

Bestehende Verkehrssteuerung und Ampelsensorik nutzen wir so, dass Verkehr und ÖPNV besser vorankommen und Straßen sicher überquert werden können. Schulen unterstützen wir bei der flächendeckenden Umsetzung sicherer Schulwegpläne.

5. Lesen, Schreiben, Rechnen ins Zentrum stellen

Berliner Schulen müssen zuallererst Bildung vermitteln. Wir leiten innerhalb der ersten 100 Tage die Überarbeitung der Rahmenlehrpläne ein – mit dem Auftrag, Lesen, Schreiben und Rechnen wieder ins Zentrum zu stellen. Zugleich legen wir einen Gesetzentwurf vor, der Deutsch im Schulgesetz als gemeinsame Schulsprache festlegt.

Für Grundschulen schaffen wir eine verbindliche, grundsätzlich bildschirmfreie Lernumgebung und ein Verbot der Smartphone-Nutzung. Digitale Technik bleibt der Schulverwaltung und pädagogisch begründetem Unterricht vorbehalten.

6. Wiederholungstäter schneller vor Gericht bringen

Verfahren gegen Mehrfach- und Intensivtäter dürfen nicht zwischen Dezernaten zersplittert werden. Wir weiten die täterorientierte Bearbeitung nach dem Grundsatz „Alt frisst Neu“ aus: Neue Verfahren gegen wiederholt Beschuldigte werden grundsätzlich bei demselben Dezernenten gebündelt.

Für die fünf örtlichen Polizeidirektionen schaffen wir feste Ansprechpartner und regional zugeordnete Strukturen bei der Staatsanwaltschaft. Die Justizverwaltung legt dafür innerhalb der ersten 100 Tage ein verbindliches Organisationskonzept vor.

7. Verwahrlosung stoppen und Berlin wieder sauber machen

Vermüllung, illegale Ablagerungen und verwahrloste Parks werden wir nicht länger hinnehmen. Wir weiten Waste-Watcher-Einsätze und Kontrollen an Müll-Hotspots aus, verbessern die Zusammenarbeit von Ordnungsämtern, BSR und Grünflächenämtern und verfolgen Verursacher konsequenter.

Für die Videoüberwachung ausgewählter Müll-Hotspots legen wir einen Gesetzentwurf vor. Arbeitsfähige, nicht erwerbstätige Asylbewerber verpflichten wir in angemessenem Umfang zu gemeinnütziger Arbeit bei Müllbeseitigung und Stadtpflege.

8. Handwerk und betriebliche Ausbildung stärken

Berlin braucht mehr Meister, Facharbeiter und Ausbildungsbetriebe. Wir sichern die Meistergründungsprämie über 2027 hinaus und erleichtern Gründungen und Betriebsübernahmen. Kooperationen von Schulen, Handwerkskammer und IHK richten wir stärker auf praktische Berufsorientierung aus.

Zugleich legen wir einen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Ausbildungsförderungsfondsgesetzes vor, bevor die Ausbildungsplatzabgabe erhoben wird. Betriebliche Ausbildung stärken wir durch bessere schulische Vorbereitung statt durch zusätzliche Abgaben.

9. Bürokratie abbauen, Mittelstand entlasten

Unternehmen brauchen Zeit für Kunden, Beschäftigte und Investitionen statt für neue Formulare. Wir verpflichten alle Senatsverwaltungen, entbehrliche Gesetze und Verordnungen zu benennen und konkrete Aufhebungsvorschläge vorzulegen. Zugleich beantragen wir einen Sonderausschuss „Bürokratieabbau“.

Außerdem bringen wir den Gesetzentwurf zur Aufhebung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes ein. Die übrigen Vergaberegeln gelten fort; öffentliche Aufträge werden so für Handwerk und Mittelstand leichter zugänglich.

10. Null Toleranz für Gewalt und Schuldistanz

Schulen müssen sichere Orte des Lernens sein. Gewalt gegen Schüler und Lehrer darf nicht verharmlost werden. Wir verschärfen das Meldeverfahren: Gewalt gegen Lehrkräfte wird unverzüglich Schulleitung und Schulaufsicht gemeldet und die Polizei eingeschaltet; schwere Gewaltvorfälle gegen Schüler werden konsequent verfolgt.

Unentschuldigtes Fehlen wird digital erfasst, Eltern werden noch am selben Schultag informiert. Schulversäumnisanzeigen gehen auch an das Jugendamt; in besonders belasteten Bezirken richten wir spezialisierte Jugendamtsteams gegen Schulverweigerung ein.

11. Rückführungen konsequent durchsetzen

Berlin muss das Aufenthaltsrecht nicht kommentieren, sondern vollziehen. Wir bauen die bestehende Abteilung Kriminalitätsbekämpfung und Rückführung im Landesamt für Einwanderung zu einer operativen Sondereinheit aus. Sie priorisiert vollziehbar ausreisepflichtige Straftäter und Gefährder und bündelt Identitätsklärung, Passbeschaffung, Haftanträge und Rückführungen.

Zugleich legen wir einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des LEA zu einem Landesamt für Einwanderung, Asyl und Remigration vor.

12. Einbürgerungen gründlich prüfen und Missbrauch verhindern

Wir leiten innerhalb der ersten 100 Tage eine Sonderprüfung der seit dem 1. Januar 2024 zentralisierten Einbürgerungsverfahren auf Unregelmäßigkeiten, gefälschte Nachweise und Manipulationen ein.

Persönliche Prüfung und Vier-Augen-Prinzip müssen unabdingbarer Standard sein; über Einbürgerungen dürfen abschließend ausschließlich verbeamtete Mitarbeiter entscheiden. Rechtswidrig oder betrügerisch erlangte Einbürgerungen werden nach geltendem Recht zurückgenommen.

13. Rundfunkstaatsvertrag kündigen und Zwangsgebühr abschaffen

Wir leiten innerhalb der ersten 100 Tage die Kündigung des Rundfunkstaatsvertrages ein. Unser Ziel ist die Befreiung der Bürger von Zwangsgebühren. Öffentlich-rechtliche Sender sollen sich künftig durch freiwillige Beiträge, Pay-per-View oder Abonnements finanzieren.

Bleibt ein staatlicher „Grundfunk“ bestehen, muss er sich auf die Grundversorgung beschränken und sachlich sowie ausgewogen berichten.

14. Staatliche Finanzierung von Meldestellen beenden

Berlin finanziert Meldestellen wie das Berliner Register und CLAIM, die auch Vorgänge und Meinungsäußerungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfassen. Das ist keine staatliche Aufgabe.

Wir stoppen innerhalb der ersten 100 Tage neue Förderentscheidungen und Verlängerungen. Bestehende Förderbindungen lassen wir zum nächstmöglichen rechtlich zulässigen Zeitpunkt auslaufen. Künftig müssen sich solche Strukturen privat finanzieren.

UNSER VERSPRECHEN:

Berlin wird nicht in 100 Tagen repariert werden.

Aber in 100 Tagen wird sich zeigen, ob eine Regierung entscheidet, Prioritäten setzt und handelt.

Genau das werden wir tun: vom ersten Tag an, spürbar und verbindlich.

Für ein Berlin, das wieder funktioniert.

Für ein Berlin, auf das die Berliner wieder stolz sein können.

Berlin. Stark. Machen.